

Philip Manow: „Spaltungslinien“

Der blinde Fleck der Weltoffenheit

Von Nils Schniederjann

Deutschlandfunk Kultur, Studio 9, 15.6.2026

Der Politikwissenschaftler Philip Manow behauptet, die entscheidende Trennlinie der Gegenwart verlaufe zwischen Offenheit und Schließung, zwischen liberal und illiberal. Eine produktiv irritierende Diagnose, der aber noch die empirische Grundlage fehlt.

Philip Manow hat in der Vergangenheit schon zweimal die politikwissenschaftliche Diskussion über den Rechtsruck äußerst produktiv irritiert: Einmal, indem er den Populismus als nachvollziehbare Reaktion auf die Verwerfungen der Globalisierung verstand, sowie vor zwei Jahren, als er die zunehmende Verlagerung politischer Entscheidungen in Gerichte und Verfassungsorgane, die „Konstitutionalisierung“ der Politik, für den zunehmenden Unmut gegenüber der Politik mitverantwortlich machte. Entsprechend gespannt geht man an sein neues Werk heran, in dem er die entscheidende Trennlinie der Gegenwart neu beschreiben will: Sie verlaufe nicht mehr zwischen Links und Rechts, sondern zwischen Offenheit und Geschlossenheit – zwischen liberal und illiberal.

Eine neue Spaltungslinie

Manow diagnostiziert, dass sich immer mehr rechte Parteien in Europa in ihrer ökonomischen Positionierung nach links verschoben hätten und führt dafür den französischen RN, die ungarische Fidesz-Partei oder die Schwedendemokraten an. Gleichzeitig erkennt er linke Parteien, wie das BSW oder die dänischen Sozialdemokraten, die ein ökonomisch linkes mit einem gesellschaftspolitisch rechten Programm verbinden.

Auf der anderen Seite der Spaltung stünden die neobürgerlichen Linken, die sich für die EU-Integration und gesellschaftliche Liberalisierung einsetzen. Dafür seien sie ein Bündnis mit dem marktliberalen Lager auf der Rechten eingegangen. Für Manow ist diese Positionierung nach gut vierzig Jahren der sich immer weiter verstärkenden Öffnung von Märkten und Grenzen die entscheidende: „Ich sehe im Konflikt über Öffnung und Schließung nationalstaatlicher Rahmungen den zentralen Grund für die Neuzusammensetzung von ideologischen Positionen, mit der wir heute konfrontiert sind“, schreibt er.

Philip Manow

Spaltungslinien. Europas Parteiensysteme und die Dekonsolidierung des Nationalstaats

C.H. Beck, München 2026

173 Seiten

18 Euro

Die Kosten der Weltoffenheit

Damit trifft Manow eine Dimension der politischen Debatte, die bislang unterbelichtet geblieben ist. Oft genug wird die Zustimmung zu rechter Politik vor allem kulturell erklärt – auch bei denjenigen, die ähnliche Konfliktachsen beschreiben, etwa die zwischen „Somewheres“ und „Anywheres“. Aus mangelnder Weltoffenheit, so die gängige Erklärung, lehnten von der Globalisierung abgehängte Wähler die Migration genau wie die EU ab. Selbst diejenigen, die auf ökonomische Ursachen verweisen, beschreiben die entstandene politische Reaktion als vorrangig kulturelles Phänomen.

Manow entlarvt das als attraktives Deutungsmuster, das die verteilungspolitische Dimension ausblendet: Die erheblichen und zu einem guten Teil negativen Auswirkungen des freien Verkehrs von Kapital, Waren und Personen, von denen gerade die Wählerschaften der progressiven und marktliberalen Parteien profitieren.

Empirisch dünn

Die These, dass so neue Bündnisse und eine neue Spaltungslinie entstanden ist, versucht Manow durch Empirie zu untermauern. An entscheidenden Stellen sind die Verweise aber leider so dünn, dass man selbst als Leser, der die Diagnose grundsätzlich teilt, etwas enttäuscht ist: Etwa, wenn Manow darauf hinweist, dass rechte Parteien zwar zum Teil nicht programmatisch nach links gerückt seien, die Wählerinnen und Wähler sie jedoch ökonomisch linker einschätzten. Ein enorm interessanter Befund – der jedoch nur mit einem Paper belegt wird, das Manow selbst mit einem Kollegen verfasst hat und das sich zurzeit „in Vorbereitung“ befindet. Ähnliche Frustration stellt sich ein, wenn ausgerechnet das naheliegendste Gegenbeispiel, die mindestens programmatisch noch immer marktliberale AfD, in wenigen Absätzen und in einer nicht besonders überzeugenden Fußnote abgehandelt wird.

Das ist bedauerlich. Manow ist als politischer Denker stärker, wenn er diagnostiziert, als wenn er beweist. Die Stärke seines Buches liegt darin, sichtbar zu machen, dass auch liberale Weltoffenheit eine politische Position im umfassenden Sinn ist: Wer für offene Märkte und offene Grenzen eintritt, profitiert von der Globalisierung und hat ein Interesse daran, das als sachliche Notwendigkeit darzustellen. Dass Menschen sich gegen dieses Programm wehren, scheint so weniger verwunderlich. Dass er die empirische Fundierung, auf die er selbst sein Fach wiederum immer wieder verpflichtet, diesmal an entscheidenden Stellen schuldig bleibt, macht das Buch nicht wertlos. Aber es verbleibt damit auf dem Stand einer produktiv irritierenden These, die noch auf der Suche nach ihren schlagenden Beweisen ist.